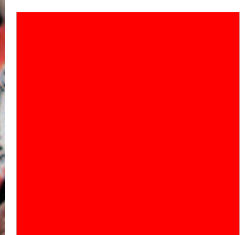


**CGIL****AGB****ARBEIT STEUERN****SOZIALSTAAT****RENTEN DEMOKRATIE****ASGB****GENERALSTREIK
6. MAI 2011**

**Protestmarsch 8.30 Uhr ab Matteottiplatz
Kundgebung am Waltherplatz
in Bozen ab 9.30 Uhr**

DIE MOBILISIERUNG GEHT WEITER

Die CGIL wehrt sich auf nationaler Ebene gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Berlusconi, durch welche die Lage der Arbeitnehmer/innen und Rentner/innen zunehmend verschlechtert wird.

Die Berlusconi-Regierung hat in 34 Monaten:

- das Land verarmt
- die Arbeits- und Renteneinkommen verringert
- das Wachstum behindert und den Steuerdruck verstärkt
- die Arbeitslosigkeit erhöht und die großen Vermögen verteidigt
- die Schutzmechanismen gegen die Krise für die Arbeiter verringert
- Investitionen für Industrie und Innovation verweigert
- die prekäre Lage der Jugend in der Arbeitswelt verschärft
- das Recht auf Aus- und Weiterbildung eingeschränkt
- die öffentliche Schule geschwächt
- die Hilfe für Pflegebedürftige, Behinderte und arme Menschen gekürzt

Hierfür hat die Regierung Berlusconi gezielt die Gewerkschaften geteilt und die institutionellen Konflikte erhöht und damit die Lage des Landes insgesamt verschlechtert.



Am 13. Februar haben Frauen auf allen Plätzen Italiens WÜRDE und RESPEKT gefordert.

Die CGIL fordert

- **Die Förderung der Beschäftigung von Frauen**
- **Den konkreten Schutz der Mutterschaft und die Einführung eines obligatorischen Vaterschaftsurlaubs**
- **Die Anerkennung der Pflegearbeit und Schutz der eingewanderten Beschäftigten**
- **Qualifizierte Dienstleitungen für Kleinkinder**

WIRTSCHAFTS- UND STEUERPOLITIK

Für eine starke Reduzierung der Besteuerung der Arbeit und der Renten und für eine Reform des Steuerabzugs.

Die CGIL erachtet europäische Maßnahmen zur Förderung der Investitionen und zur Schuldenstabilisierung notwendig, auch mittels Schuldverschreibungen (Eurobonds), die von der Europäischen Zentralbank (EZB) gehalten werden.

Der Stabilisierungsprozess der öffentlichen Haushalte in den letzten fünfzehn Jahren wurde hauptsächlich von den Arbeitnehmern und Rentnern getragen, welche bereits wegen der unterlassenen Erstattung der versteckten Steuerprogression (Fiscal-Drain) einer übermäßigen Steuerbelastung ausgesetzt sind.

Die derzeitigen italienischen Nettolöhne zählen zu den niedersten im Euroraum und die Renten werden durch die Besteuerung stark gekürzt.

Kampf gegen die Steuerhinterziehung:

Die von dieser Regierung ausgesetzten Maßnahmen gegen die Steuerhinterziehung müssen wieder eingeführt und die Maßnahmen gegen Hinterziehung und Korruption verstärkt werden.

Finanzrenditen müssen höher besteuert werden:

Die Besteuerung der Finanzrenditen muss vom derzeit niedrigen Satz von 12,5 Prozent auf 20 Prozent erhöht, der Steuersatz von 27 Prozent auf die Bankeinlagen hingegen reduziert werden. Man muss, wie die Europäische Gewerkschaftsbund es vorschlägt, die internationalen Finanztransaktionen von geringster Dauer mit Spekulationscharakter besteuern. Zudem braucht es eine Steuer auf die großen Vermögen (über 800.000 Euro) in Form einer „Solidaritätssteuer“.

Steuerföderalismus:

Die Regierung hat zur Einführung des Steuerföderalismus einen Weg beschritten, der die Souveränität des Parlaments missachtet. Dadurch sind unzählige institutionelle Konflikte vorgezeichnet. Die Regierung stellt für alle die sozialen Rechte und die Einheitlichkeit des Wohlfahrtssystems in Frage, angefangen beim Gesundheitswesen. Die in den Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung enthaltenen Streichungen und die Beschneidung im Sozialbereich gefährden die Dienstleistungen der Gemeinden, die mit „diesem Föderalismus“ zu Einhebungsstellen von höheren Gebühren und Tarifen werden, um die Dienste an ihre Bürger aufrecht erhalten zu können.

DIE KRISE DER INDUSTRIE

Die italienische Industrie hat die Folgen der schweren Krise noch nicht überwunden. Die Ausbildung, die Innovation und die Forschung sind jene Bereiche, in welche die großen Nationen ihre Kräfte und Investitionen ausrichten, um die Krise zu überwinden. Das Know-how ist entscheidend, um über soziale und produktive Systeme zu verfügen, die wettbewerbsfähig und qualifiziert sind für eine sozial vertretbare Entwicklung für unsere jungen Menschen, die vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt sind, auswandern müssen oder einer Nebenbeschäftigung nachgehen. Eine Industriepolitik kann nur von Innovation ausgehen. Diese Regierung macht keine Industriepolitik.



Die Ergebnisse dieser Lähmung: im Laufe des Jahres 2010 hat die Lohnausgleichskasse weit über eine Milliarde Stunden autorisiert; 600.000 Arbeiter in der Lohnausgleichskasse mit Null Stunden haben bis zu 8.000,00 Euro verloren; andere in der Sonderlohnauflage haben noch größere Lohn- und Einkommensverluste erlitten. Die Arbeitslosenquote liegt in unserem Land bei über 11 Prozent und ist somit eine der höchsten in Europa. Einer von drei jungen Menschen ist arbeitslos und weder die Industrie, noch der Dienstleistungssektor, noch die öffentliche Verwaltung stellen den jungen Menschen wirklich konkrete und menschenwürdige Anstellungen in Aussicht. Das Schwungrad des Wachstums muss angekurbelt werden. Die erste Aufgabe besteht darin, die mehr als 5.000 derzeit in der Sonderlohnauflage befindlichen Betriebe und die hunderte weiteren, die der Sonderverwaltung unterstellt sind aus der Krise herauszuführen, damit es zu keinen Entlassungen kommt. Die CGIL fordert von der gesamten Regierung außerordentliche Maßnahmen für eine industrielle Umstellung unter Unterstützung und Förderung der Innovation. Es ist erforderlich, die kleinen und mittleren Betriebe zur Überwindung der Rezession mittels solchen Steuer- und Kreditvergünstigungen zu unterstützen, die dem tatsächlichem Bedarf angemessen sind.

INFRASTRUKTUREN DIENSTLEISTUNGEN

In Europa und In Italien stellen das Infrastrukturnetz und der Dienstleistungssektor den größten Teil der Wirtschaft dar, sowohl in Hinblick auf deren Ertrag, als auch in Hinblick auf das Beschäftigungsvolumen.

Die italienische Regierung versagt aber völlig in ihrer Aufgabe, in diesen Sektoren eine Entwicklungspolitik voranzutreiben.

• Der Wassersektor benötigt Investitionen in Höhe von 60 Milliarden Euro.

Die CGIL unterstützt die Kampagne gegen die Privatisierung des Wassers, deren Initiatoren der Industrie- und Infrastrukturpolitik des Landes viel Aufmerksamkeit schenken.

• Den lokalen öffentlichen Dienst betreffend, bekräftigt die CGIL die Kritik zu den Privatisierungsmaßnahmen, welche fälschlicherweise als Liberalisierung verkauft werden.

• Was den Energiesektor anbelangt, bestätigt die CGIL noch einmal sein NEIN zur Atomkraft; alle Bestrebungen müssen in Richtung der europäischen Ziele für Energieleistungen und dem Überwinden der Energie-Abhängigkeiten gerichtet werden. Die Sektoren der erneuerbaren Energien, welche tausende von qualifizierten Arbeitsplätzen schaffen könnten, sollen gefördert werden.

• Im Bereich der Infrastrukturen ist das Scheitern der so genannten „Leggi Obiettivo“ hinsichtlich der Großprojekte mittlerweile allseits bekannt. Es gilt nun, die Maßnahmen auf strategische Bauwerke zu konzentrieren; auf die Brücke über die Strasse von Messina kann verzichtet werden; der Stabilitätspakt für die örtlichen Körperschaften muss umgearbeitet werden, um die nötigen Bauwerke für die Sicherheit des Territoriums und der urbanen Zentren zu finanzieren und zu realisieren; man sollte sich auch mit den 99 Baustellen des Südens auseinandersetzen und, Region für Region, die strategischen Bauten realisieren.

Auf diese sollten alle finanziellen und organisatorischen Kräfte konzentriert werden. Die Regierung muss außerdem einen Vorschlag für die italienische Logistik formulieren, welcher außer den Infrastrukturen, folgendes beinhalten muss: die Zentralisierung des italienischen Hafensystems angefangen bei Gioia Tauro, und die Ausmachung der strategischen Häfen, um den Warenhandel „einzufangen“.

• Die Regierung ist von der Angelegenheit der Fernsehfrequenzen völlig eingenommen, die den größten Teil der Begleitmaßnahmen zum Haushaltsgesetz beansprucht hat, und scheint die Unternehmen des Ministerpräsidenten schützen zu wollen. Für die CGIL ist auch der Sektor der Telekommunikationen für die Zukunft

des Landes und für die Erreichung der europäischen Ziele der digitalen Agenda entscheidend; eine Intervention seitens der Industriepolitik ist dringend nötig um entsprechende Ziele zu definieren.

• Den lokalen Nahverkehrssektor betreffend, fordert die CGIL, dass man dieser unvernünftigen Politik der Sparmaßnahmen ein Ende bereitet, denn diese hat die Regionen und öffentlichen Körperschaften gezwungen, die Tarife zu erhöhen und Einsparungen vorzunehmen, was sich wiederum negativ auf die Beschäftigung auswirkt.

Die CGIL fordert, dass den europäischen Richtlinien für die verspäteten Zahlungen der öffentlichen Verwaltung an die Unternehmen, sofort stattgegeben wird; als Instrument für den Kampf um das beste Angebot für die Auftragserteilung, für eine Qualität der Nachfrage und des Angebotes der öffentlichen Dienste.

DIE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG, DER BILDUNGSSEKTOR UND DIE ÖFFENTLICHEN DIENSTE

- Das Sparpaket des Sommers 2010 verwehrt den öffentlich Bediensteten die Erneuerung des nationalen Kollektivvertrages bis zum Jahr 2014.
- Monatlich 160 Euro weniger werden auf dem Lohnstreifen der öffentlich Bediensteten aufscheinen, hinzu kommt noch ein weiterer Kaufkraftverlust, denn die Inflation wird weiterhin steigen.
- Die dezentralen Verhandlungen werden keine Gehaltserhöhungen bringen.
- Die Unsicherheit über die Erhaltung der Altersvorrückungen für die Angestellten im Schulwesen ab 2011 und die darauffolgenden Jahre, die zudem mit den Einsparungen der Bildungsgelder finanziert werden, wird einen weiteren Gehaltsverlust mit sich bringen.
- 240.000 Personen mit befristeten Arbeitsverträgen riskieren, wegen den Einsparungen von 50 Prozent auf die Ausgaben für prekäre Beschäftigung, ihre Stelle zu verlieren.
- Die Kürzungen im Bildungssystem schreiten voran und im Weiterbildungsbereich gibt es ebenso starke Kürzungen. Die Gelmini Reform zwingt die Universitäten in die Knie, die Zahl der Akademiker nimmt ständig ab, während 200.000 Angestellte im Schulwesen immer noch keine Fixanstellung haben.
- Die Erneuerung der EGV im öffentlichen Dienst, bereits durch das Brunetta Gesetz blockiert, wird weiterhin verzögert, obwohl der Staatsrat sich dafür ausgesprochen hat. Mit dem Streik der Fachgewerkschaften am 25. März und mit den nachfolgenden Initiativen fordern wir:
 - Die Erneuerungen der nationalen Kollektivverträge.
 - Die Erneuerungen der ergänzenden Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen und über die

Arbeitsorganisation.

- Die sofortige Erneuerung der EGV indem 3 Millionen öffentlich Bedienstete und Angestellte im Bildungsbereich zur Wahl aufgerufen werden.
- Keine Entlassungen für die vielen jungen Angestellten mit prekären Arbeitsverhältnissen im öffentlichen Dienst.
- Einen Beschäftigungsplan in den Sektoren der unentbehrlichen Dienstleistungen und im Bildungsbereich mittels der Wiederaufnahme der Stabilisierungsprojekt, welche die Regierung Berlusconi blockiert hat.

Wir bekräftigen unser NEIN zu getrennten Vereinbarungen!

Sie haben allen erklärt, dass das Vertragsmodell welches das Ergebnis der getrennten Verhandlung von 2009 war, die prompte Erneuerung der nationalen Kollektivverträge und die Entwicklung der dezentralen Verhandlungen ermöglichen würde!

Sie haben auf
ganzer Linie versagt!

SÜDITALIEN

Der sogenannte „Piano per il Sud“ (der Plan für den Süden) der Regierung ist pure Propaganda. Es gibt keine Arbeit, keine Industriepolitik, Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation; während weitere 10% der Fas Ressourcen, die dem südlichen Regionen zugute kommen würden, gekürzt werden.

Die CGILverlangt angemessene Ressourcen, um neue Beschäftigungsmodelle zu schaffen, besonders jene für die Jugend und für Frauen und um eine weitere Reduzierung des Produktionssystems im Süden zu verhindern.

Deshalb fordert die CGIL:

- Einen Modernisierungsplan für das Eisenbahnnetz, ohne Fahrkartenrückvergütung für Minister und viele andere, des Hafensystems und der Logistik;
- einen außerordentlichen Plan für die Aufwertung der Umwelt, die Sicherung des Territoriums, die Aufwertung der urbanen Zentren;
- die Beschleunigung und Qualifizierung der Ausgaben der nationalen und europäischen Fonds für den Bildungsbereich und der Forschung, um den Süden effektiv das Recht auf Bildung zu gewähren;
- eine Politik der Industrien für neue Chancen welche von den Bereichen der Green Economy repräsentiert werden; um den bereits vorhandenen Industrieapparat zu schützen und somit die -zig tausenden Arbeitsplätze zu erhalten, welche durch den Abgang der großen Unternehmen vom Süden Italiens gefährdet sind;
- ein Programm für die technologische Innovation, angefangen von der Ausweitung des Breitband-Internets;

- einen angebrachten Schutz für die Qualität und Nutzbarkeit des Sozialstaats, welcher aufgrund der Kürzungen bei den lokalen Körperschaften stark beeinträchtigt wurde; so sollte zum Beispiel dem Schutz der Ressourcen für die Ziele bei der Müllentsorgung, für die Wasserversorgung, der Altenbetreuung und den Kinderhorten, besondere Aufmerksamkeit zukommen;
- den Kampf der Mafia auf allen Ebenen, für Legalität.

BESCHÄFTIGUNG

Diese Regierung hat unser Rentensystem hart getroffen: man ist faktisch gezwungen ein Jahr länger zu arbeiten, da das Rentenalter für alle erhöht wurde durch die Einführung des gleitenden Fensters von 12 bzw. 18 Monaten, mit der automatischen Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung und für die weiblichen Bediensteten im öffentlichen Sektor wurde das Rentenalter von 61 auf 65 Jahre erhöht.

Ziel der Vorschläge der CGIL ist es, folgendes zu gewährleisten:

- die künftigen Renten sollen nicht weniger als 60 Prozent der letzten Entlohnung ausmachen;
- die Abdeckung der figurativen Sozialbeiträge, um Arbeiter/innen vor der Arbeitsdiskontinuität zu schützen und um die Pflege und den Sonderurlaub für ihre Familienangehörigen durchführen zu können;
- die Wiederaufwertung der Renten, um eine fortschreitende Verarmung der Rentner zu verhindern;
- die Wiederherstellung der Flexibilität im Rentenaltersalter;
- die Abänderung der Berechnungskriterien bei den Umwandlungskoeffizienten der Renten.



SOZIALSTAAT

Die CGIL fordert ein öffentliches und universales System von sozialen Abfederungsmaßnahmen,

welches stufenweise die Sonderlohn- ausgleichskasse ablöst und allen, unabhängig vom Typus des Arbeitsverhältnisses und des öffentliche oder privaten Arbeitgebers, folgendes gewährleistet: eine Arbeitslosenhilfe in Höhe von 80 Prozent der Entlohnung (mit einem Höchstausmaß von 1.800 Euro Netto) für 24 Monate. Ausweitung der Lohnausgleichskasse auf alle bis höchstens 36 Monate im Fünfjahreszeitraum, Vergütung zu 80 Prozent der Deckung, weitere Vergünstigungen über die Solidaritätsverträge.

Für einen neuen Auftakt in der Arbeitspolitik:

- das Prekariat am Arbeitsmarkt muss überwunden werden
 - feste Arbeitsplätze müssen steuerlich und sozialversicherungsmäßig begünstigt werden, sodass der Rückgriff auf prekäre Arbeit teurer und somit uninteressant wird
 - die Weiterbildung während des Arbeitslebens muss erleichtert und gefördert werden
 - einige prekäre Arbeitsformen (Arbeit auf Abruf, Staff leasing, ...) müssen abgeschafft werden
 - das Lehrlingswesen als Form des Eintritts in die Arbeitswelt muss gefördert werden
 - Missbrauch unter dem Deckmantel „Stage“ und Lehre muss verhindert werden, sie sind keine Alternative zu einem ordentlichen Arbeitsverhältnis.
- Die ersten positiven Ergebnisse gegen die ungerechte Bestimmung des „Collegato Lavoro“ betreffend prekäre Arbeit, beweisen dass die gradlinige Initiative

Die Jugend ist nicht mehr bereit, alles hinzunehmen:

Für die jungen Menschen kommt zur strukturellen Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt noch die Wirtschaftskrise hinzu. Es sind dringende Maßnahmen erforderlich, um die Beschäftigung anzukurbeln, die prekäre Arbeit zu eliminieren und ein Fürsorgesystem aufzubauen, welches es den jungen Menschen ermöglicht, auf eigenen Füßen zu stehen.

Die CGIL fordert für die Jugend:

- Das Recht auf Studium muss gewährleistet sein und die öffentliche Schule und die Universität müssen aufgewertet werden, dafür sind entsprechend mehr Ressourcen zur Verfügung zu stellen.
- Das Anstellungsverbot in der öffentlichen Verwaltung muss aufgehoben werden, um jungen Akademikern und Diplomierten, die in solchen Körperschaften oft schon „stabil prekär“ sind, die Aufnahme zu ermöglichen.
- Der Missbrauch der zahlreichen befristeten Vertragstypen muss unterbunden werden und ein Arbeitseintritt mit sicherem Zeitverlauf und kollektivem Schutz vorgesehen werden.
- Der Missbrauch mit atypischen Arbeitsverhältnissen kann durch höhere Kosten verringert werden, dafür muss die Entlohnung höher sein als der Mindestlohn der nationalen Kollektivverträge.
- „Stages“ und Praktika dürfen nicht weiter als Ersatz für lohnabhängige Arbeit ausgenutzt, sondern für den ursprünglichen Zweck der Ausbildung verwendet werden. Daher muss für Jugendliche mit „Stage“ eine Spesenvergütung und eigene Rechte vorgesehen werden.
- Für alle Arbeitstypen sollen die Sozialbeiträge uniformiert werden und die Einzahlung der Beiträge muss auch für die Zeit der Arbeitslosigkeit erfolgen.

der CGIL und der vielen prekären Arbeiter, die sich mobilisiert haben, doch erfolgversprechend ist.

DEMOKRATIE UND VERTRETUNG

Die Vorschläge der CGIL wollen den ArbeiterInnen aller Sektoren, den privaten wie den öffentlichen, das Recht selbst zu wählen, von wem sie repräsentiert werden, zurückgeben. Ausserdem sollen sie wieder an den Prozessen die die Arbeitsbeziehungen und -bedingungen betreffen beteiligt sein. Eine Demokratie der Arbeit ist ein Grundsatzrecht, in der Verfassung festgeschrieben, es regelt das die Verbindung zwischen dem Sozialen und der Qualität des Wachstums eines Landes. Der Gewerkschaftliche Pluralismus ist ein absoluter Wert so wie die Autonomie und die, von der Verfassung „garantierte“, Freiheit einer Gewerkschaft anzugehören.

Zum Schutz des Pluralismus und des Wertes der Demokratie hat die CGIL einen Vorschlag vorgebracht, welcher zuerst den Konsens der verschiedenen Akteure erhalten muss um dann in Gesetz umgewandelt werden zu können.

Die Plattform bildete sich aus CGIL, UIL und auf „Democrazia e Rappresentanza“ zusammen; sie wurde 2008 besiegelt und bildet nach wie vor eine gültige Diskussionsbasis. Die Repräsentativität in den Gewerkschaftsorganisationen wird auf Basis von den gezählten Einschreibungen und der Wahl der EGV gemessen. Die CGIL bestätigt diesen Maßstab und kämpft deshalb gegen eine sofortige Erneuerung der EGV im öffentlichen

Dienst und im Bildungsbereich. Nach dieser Plattform sind seitens der Regierung und der Unternehmer Vereinbarungen unterzeichnet worden, von welchen die CGIL ausgeschlossen wurde.

Es gibt das Bedürfnis, eben wegen dem was passiert ist, dass die Plattform 2008 mit demokratischen Maßnahmen durch Mandate und Stimmen der ArbeitnehmerInnen, ergänzt wird, für den Fall eines Streits zwischen Gewerkschaften. Dahingehend auch der Vorschlag der CGIL.

Der Vorschlag und die neun Vereinbarungen welche getroffen werden müssen, hat zum Ziel, das Abdriften der getrennten Verträge und der Balkanisierung der italienischen Gewerkschaftsbeziehungen zu stoppen, denn sie schwächen die Position der ArbeitnehmerInnen, verneinen die Demokratie, helfen dem Wachstum des Landes nicht; dessen Identität soll auf dem Schutz der Rechte und dem Recht auf Arbeit bauen.

Der Vorschlag regelt also den Pluralismus der Gewerkschaftsaktivitäten, welcher heute nicht an bestimmte Regeln gebunden ist, zuallererst unter den Gewerkschaften und dann in Hinblick auf andere Akteure.

Die Praxis der getrennten Vereinbarungen welche ab 2008 eingeführt wurde, hat, unabhängig vom Inhalt, zur Folge, dass es keine sicheren, von allen geteilten, Regeln gibt.

In einem so delikaten und strategischen Bereich, wie es die Demokratie der Arbeit und der der Arbeitsplätze ist, darf nicht der Far West herrschen.

ZUM SCHUTZ DER VERFASSUNG

Die Regierung ist weiterhin nicht an Werte wie Zusammenhalt, Gleichheit, Demokratie und Partezipation, der Rolle des Parlaments, an einer Autonomie der Magistratur und der Institutionen, der Informationsfreiheit, interessiert. Die Initiative der Regierung, die grundlegenden Prinzipien der Verfassung ändern will, ist schwerwiegend. In 150. Jahr der Einheit Italiens riskiert man die Umwälzung des Einheitspakts, auf dem das zivile Zusammenleben der Bevölkerung basiert. Aus diesem Grund wird die CGIL ihre Verhandlungsplattform durch eine Mobilisierung und einen Streik unterstützen und er wird gemeinsam mit den Bewegungen und Initiativen, die es im gesamten Land gibt, für eine kulturelle und zivile Mobilisierung eintreten, um die Demokratie und Freiheit zu schützen und um den sozialen, zivilen, moralischen und institutionellen Verfall diesem Land aufzuhalten.